



DEMOKRATIE
VERTRÄGT KEINE
WAHL LÜGE.

Kommunalwahlprogramm 2009

UPDATE 2012

**GRÜN MACHT
DEN UNTERSCHIED.**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Das Update zum Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die erforderliche Wahlwiederholung von Rat und elf Bezirksvertretungen (außer Brackel) wurde am 20. Juni 2012 auf einer Kreismitgliederversammlung beschlossen.

Das Kommunalwahlprogramm 2009 sowie dieses Update stehen Ihnen als Downloads auf unserer Webseite zur Verfügung unter:
www.gruene-dortmund.de
Printausgaben (2009 und Update) solange der Vorrat reicht.

Kommunalwahlprogramm 2009

UPDATE 2012

**GRÜN MACHT
DEN UNTERSCHIED.**





IM FUSSBALL UND IN DER POLITIK : DORTMUND SCHREIBT GESCHICHTE

Borussia Dortmund hat mit dem Gewinn von Meisterschaft und Pokal zum ersten Mal das Double geschafft. Die Politik legt nach:
Am 26. August wird zum ersten Mal eine Kommunalwahl wiederholt.

Damit schreibt Dortmund Geschichte.
Denn beides ist einzigartig und ein Gewinn.
Für den Fußball und für die Demokratie.

Wir GRÜNE haben darauf gedrängt, dass die Kommunalwahl von 2009 für ungültig erklärt und der Rat neu gewählt werden muss. Denn das Verschweigen der Haushaltslücke von 130 Millionen Euro durch den damaligen Oberbürgermeister war eine Wahllüge.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind fassungslos, dass erneut gewählt wird. Sie haben 2009 zu Recht erwartet, dass sie alle notwendigen Informationen erhalten, um ihre Wahl treffen zu können. Genau das ist aber nicht passiert.

Deshalb ist die Wahlwiederholung ein deutliches Zeichen weit über Dortmund hinaus: Eine Verwaltung darf dem Rat, den Bezirksvertretungen und insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern entscheidende Fakten vor einer Wahl nicht verschweigen. Für uns steht aus diesem Grund fest: Die Wiederholung der Kommunalwahl ist ein eindeutiger Sieg für die Demokratie.



Nach einer langen juristischen Auseinandersetzung aufgrund von Einsprüchen verschiedener Ratsmitglieder und BezirksvertreterInnen der SPD haben die Gerichte entschieden: Nur durch eine Wiederholung kann die unzulässige Beeinflussung der damaligen Wahl korrigiert werden. Das gilt für den Rat sowie für alle Bezirksvertretungen bis auf Brackel. Hier wurde bereits im Frühjahr 2010 neu gewählt.

Die Frage der Wiederholungswahl war ein Grund für das Scheitern unserer politischen Zusammenarbeit mit der SPD. Seitdem sind viele wesentliche Entscheidungen im Rat der Stadt von einer großen Koalition aus SPD und CDU getroffen worden.

Wir GRÜNE waren mit unserer inhaltlichen Arbeit nicht nur eine lebendige, sondern auch eine einflussreiche Opposition. Die GRÜNE Ratsfraktion hat mit ENVIO den größten NRW-Umweltskandal mit aufgedeckt, im Sozialbereich die Interessen der schwächeren Mitglieder der Stadt erfolgreich vertreten und sich für eine familienfreundliche und lebenswerte Stadt stark gemacht.

Aber es bleibt noch viel zu tun!

Wir brauchen eine noch stärkere GRÜNE Präsenz im Rat und in den Bezirksvertretungen, um unser Ziel zu erreichen: eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, die für alle Dortmunderinnen und Dortmunder eine lebenswerte Perspektive schafft.

Viele Inhalte aus unserem Wahlprogramm von 2009 sind noch aktuell. Es ist die Grundlage für unser politisches Handeln. An einigen Stellen haben wir das Programm allerdings mit dieser Überarbeitung aktualisiert. Es ist unser politisches Angebot für die Wahl am 26. August.

Für ein soziales, ökologisches, demokratisches und buntes Dortmund. Das geht nur mit starken GRÜNEN.

Denn wir machen den Unterschied.





VORRANG FÜR KINDER, JUGEND UND BILDUNG

Dortmund braucht mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Kindergartenjahr 2012/13 stehen für Kinder unter drei Jahren 4035 Betreuungsplätze zur Verfügung. Das entspricht einer Versorgungsquote von 26,9 Prozent. Damit steht Dortmund im Vergleich zu anderen Städten gut da. Das ist vor allem auch dem Engagement der GRÜNEN Kinder- und Jugenddezernentin zu verdanken. Gleichzeitig fehlen aber zur Erreichung des Rechtsanspruchs noch immer über 1000 Betreuungsplätze. Das liegt auch daran, dass die alte Landesregierung aus CDU und FDP den Kommunen 1,4 Milliarden Euro für den Ausbau vorenthalten hatte. Schon jetzt ist absehbar, dass der Bedarf an Plätzen noch höher sein wird. Das wird auch das absehbare Ergebnis der zurzeit laufenden Elternbefragung sein. Ein zusätzliches Problem ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern.

- Der im Rat getroffene Grundsatzbeschluss zum Bau neuer Kindertageseinrichtungen muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Die dafür benötigten Kräfte in der Verwaltung müssen gebündelt werden. Freiwerdende Gelder im Haushalt wollen wir vorrangig für den Ausbau einsetzen.
- Zurzeit gibt es stadtweit nur zwei Kindertageseinrichtungen, die von Migrantenselbstorganisationen als Träger der Jugendhilfe betrieben werden. Wir wollen diesen Anteil ausbauen.



- Betreuungsplätze müssen auch über den Rechtsanspruch von 35 Prozent hinaus ausgebaut werden. Dabei müssen vermehrt auch andere Betreuungsformen geplant und umgesetzt werden wie Kleinsteinrichtungen, Kinderstuben und Großpflegestellen. Notwendig sind zusätzliche flexible Angebote der Betreuung.
- Schon jetzt werden weit über 50 Prozent aller Kinder in Dortmund beitragsfrei betreut. Zusätzlich hat die rot-GRÜNE Landesregierung die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr eingeführt. Eine weitere Reduzierung der Beiträge darf nicht zu Lasten der Qualität der Einrichtungen gehen.
- In einer konzertierten Aktion mit allen Beteiligten (Jobcenter, Berufskollegs etc.) sind zusätzliche Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher zu schaffen.
- Kinder brauchen feste Bezugspersonen. Den Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern aus Zeitarbeitsfirmen in städtischen Kindertageseinrichtungen lehnen wir ab.

Bildungs- und Teilhabepaket

30.000 Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets: Zuschüsse für den Sportverein oder die Musikschule, Kosten für Lernmaterialien oder Ausflüge von Schule und Kita, Lernförderung, Mittagessen in Schule, Kita und Hort bis hin zur SchülerInnenbeförderung. Durch das komplizierte Verfahren sind längst nicht für alle Kinder und Jugendliche Anträge gestellt worden. Auch aus diesem Grund ist der überwiegende Teil der 10 Millionen Euro, die Dortmund 2011 erhalten hat, noch nicht ausgegeben worden.

- Die Gelder des Bildungs- und Teilhabepaketes dürfen nicht im städtischen Haushalt verschwinden, sondern müssen für die Ziele des Bildungs- und Teilhabegesetzes verwendet werden.
- Die Verwaltung ist gefordert, eine entsprechende Konzeption zur Verwendung der Gelder vorzulegen, um bedürftigen Kindern und Jugendlichen gering verdienender Eltern zu besseren Zukunftschancen zu verhelfen.



Erzieherische Hilfen

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen haben Vorrang vor den Interessen des Kämmerers. Das gilt insbesondere für den Bereich der Erzieherischen Hilfen. Seit Jahren liegen die Kosten für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien oder in Jugendhilfeeinrichtungen bei gleichbleibenden Fallzahlen bei ca. 88 Millionen Euro. Stattdessen setzt die Kämmerei in jedem Jahr fünf Millionen Euro zu wenig in den Haushalt ein. Das führt zu einer ständigen Unterfinanzierung der Erzieherischen Hilfen und bringt Kinder, Jugendliche und MitarbeiterInnen der Jugendhilfe in Not.

- Wenn ein Kind oder ein/e Jugendliche/r Hilfe braucht, dann muss er sie bekommen.
- Der Ansatz der Erzieherischen Hilfen im Haushalt muss dauerhaft auf den vom Jugendamt festgestellten realistischen Bedarf festgesetzt werden.
- Das neue Bundeskinderschutzgesetz sieht die verstärkte Kooperation von Jugendhilfe, Schule, Gesundheits- und Suchthilfe vor. In Dortmund wird diese Kooperation bereits realisiert. Zusätzliche, durch das neue Gesetz notwendige personelle Kapazitäten müssen zur Verfügung gestellt werden.

Flexiblere Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die städtischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind wichtige Angebote und Treffpunkte im außerschulischen und außerfamiliären Bereich. Es zeigt sich zunehmend, dass die Einrichtungen flexibler auf veränderte Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen eingehen müssen. Der Rat hat deshalb 2011 eine Erweiterung der Angebotstruktur beschlossen.

- Wir wollen die vorhandenen Einrichtungen erhalten und ihre Öffnungszeiten flexibler gestalten.
- Der Beschluss des Rates zur Erweiterung der Angebotsstruktur der Jugendfreizeiteinrichtungen muss zeitnah umgesetzt werden.



Freiräume erhalten

Jugendliche werden zunehmend als störend oder als Bedrohung wahrgenommen. Da reichen manchmal schon das öffentliche Hören von Musik, szenetypische Kleidung oder das Wegwerfen einer Zigarettenkippe aus.

Als Folge werden sie immer öfter aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Ob Brückstraße, Stadtgarten oder Grünanlagen – viele Einsätze der Ordnungskräfte sind unverhältnismäßig. Jugendliche sind aber keine soziale Randgruppe. Subjektive Bedrohungsängste dürfen nicht zu Vertreibungen von Jugendlichen von öffentlichen Plätzen führen.

- Die Stadt muss ein unkommerzielles Angebot für Jugendliche in der Innenstadt einrichten und Raum dafür zur Verfügung stellen.
- Initiativen von Jugendlichen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum sind zu unterstützen.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Durch die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung NRW für Flüchtlinge kommen vermehrt auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Dortmund. Durch die Einrichtung des sogenannten Clearing-Hauses zur Klärung ihres Jugendhilfebedarfs sowie die Verlagerung der Erstaufnahme nach Hachenedy und der kommunalen Flüchtlingsunterkunft nach Grevendicks Feld hat sich die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge verbessert.

- Die Notwendigkeit eines zweiten Clearing-Hauses muss geprüft werden.
- Der Aufenthalt der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der kommunalen Unterkunft Grevendicks Feld ist zeitlich auf ein Minimum zu begrenzen.
- Der Übergang der Jugendlichen über 18 Jahren von der Jugendhilfe in die „normale“ Flüchtlingsbetreuung muss verbessert werden. Hier setzen wir uns für ein entsprechendes Konzept ein.

SCHULPOLITIK

Unser Ziel ist ein Schulsystem, das alle Kinder und Jugendlichen optimal individuell fördert und Chancengerechtigkeit herstellt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden. Dafür haben wir uns in den vergangenen Jahren eingesetzt und werden es weiterhin tun.

Maßgeblich auf GRÜNE Initiative startet mit dem Schuljahr 2012/13 in Westerfilde die erste Dortmunder Sekundarschule als neue Regelschule mit dem Schwerpunkt des längeren gemeinsamen Lernens.

Zum Schuljahr 2012/13 stehen flächendeckend an insgesamt 94 Grund- und Förderschulen im Primarbereich 10.000 Ganztagsplätze zur Verfügung. Damit ist der Ausbau der Offenen Ganztagsbetreuung (OGS) nahezu abgeschlossen.

- Die Zusammenlegung von Schulen zu weiteren neuen Sekundarschulen muss geprüft und umgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Stadtbezirke ohne Gesamtschule sowie dort, wo aufgrund zu geringer Anmeldezahlen Hauptschulen in ihrem Bestand gefährdet sind. Dafür ist ein umfangreicher Beteiligungsprozess notwendig.
- Freiwerdende finanzielle Mittel durch die Schließung oder Zusammenlegung von Schulen müssen im Schulbereich verbleiben.
- Unser Ziel heißt: bei weniger SchülerInnen bessere Schulen für alle.
- Vor dem Hintergrund weiter sinkender SchülerInnenzahlen hat die Landesregierung ein Konzept zur Sicherung eines hochwertigen und wohnortnahen Grundschulangebots angekündigt. Diese Möglichkeiten wollen wir zum Erhalt möglichst vieler wohnortnaher Grundschulstandorte prüfen und nutzen.
- Im Bereich der Sekundarstufe I muss das Ganztagsangebot an Realschulen und Gymnasien weiter ausgebaut werden.
- Durch das Bildungs- und Teilhabepaket konnten die Stellen der Schulsozialarbeit befristet um 74 auf 148 ausgeweitet werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lern- und Lebenssituation



von Kindern und Jugendlichen und fördert die Chancengleichheit in unserer Stadt. Wir setzen uns bei Bund und Land dafür ein, dass diese zusätzlichen Stellen dauerhaft erhalten bleiben.

- Deutschland hat sich verpflichtet, sein Schulsystem so zu gestalten, dass Kinder mit und ohne Behinderung die Möglichkeit haben, gemeinsam unterrichtet zu werden. Die Umsetzung der Inklusion wird eine der zentralen schulpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Als ersten kleinen Schritt haben wir im Rat den Antrag gestellt, 500.000 Euro bereitzustellen, um erste Maßnahmen umzusetzen. Dafür haben wir keine Mehrheit gefunden. Wir setzen uns ein für einen Masterplan Inklusion und die Schaffung der Stelle einer/zentralen Inklusionsbeauftragten in der Stadtverwaltung.
- Wir wollen erreichen, dass in der Verwaltung eine zentrale Anlaufstelle zum Thema SchulbegleiterInnen (IntegrationshelferInnen) eingerichtet wird. Darüber hinaus fordern wir, dass SchulbegleiterInnen die SchülerInnen auch im offenen Ganzttag unterstützen können.

SOZIALPOLITIK

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat im Dezember einen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011 vorgelegt. Der Bericht stellt fest, dass die relative Armut in Dortmund seit 2005 von 18,6 auf 23 Prozent zugenommen hat. Ursache ist insbesondere der gestiegene Anteil von Menschen, die mit ihren Einkommen nur wenig oberhalb des Hartz-IV-Bezugs liegen. Gleichzeitig hat sich Armut für einen großen Teil der Bevölkerung verstetigt: Seit 2005 sind fast durchgängig 18 Prozent der DortmunderInnen auf Hartz IV angewiesen. Die Armutsentwicklung hat sich dabei inzwischen fast vollkommen von der konjunkturellen Entwicklung entkoppelt, wirtschaftliche Steigerungsraten führen nicht mehr zu einem Rückgang der Ar-



mut. Gleichzeitig hat sich Armut für einen großen Teil der Bevölkerung verstetigt: Seit 2005 sind fast durchgängig 18 Prozent der DortmunderInnen auf Hartz IV angewiesen. Die Armutsentwicklung hat sich dabei inzwischen fast vollkommen von der konjunkturellen Entwicklung entkoppelt, wirtschaftliche Steigerungsraten führen nicht mehr zu einem Rückgang der Ar-

mutsgefährdungsquote. Umso wichtiger ist es, die städtische Infrastruktur für die betroffenen Menschen zu verbessern.

- SPD und CDU haben das maßgeblich von uns initiierte Sozialticket für 15,- Euro im Monat zur Nutzung von Bus und Bahn in Dortmund abgeschafft und ein neues Ticket für 33,04 Euro eingeführt. Gleichzeitig wurde der Leistungsumfang reduziert. Statt 24.000 Menschen nutzen heute nur noch ca. 7000 Anspruchsberechtigte das Dortmunder Sozialticket. Gegen unseren Widerstand hat sich der Rat – anders als in den meisten anderen Städten – gegen die Einführung des VRR-Sozialtickets ausgesprochen, das einige Verbesserungen zum Dortmunder Ticket enthält.
- Wir halten eine Wiedereinführung des Sozialtickets für 15,- Euro für notwendig. Sollte das nicht durchsetzbar sein, muss sich Dortmund zumindest dem VRR-Sozialticket anschließen.
- Auf GRÜNE Initiative werden die Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums um 15 Stunden wöchentlich erweitert. Trotz der seit Jahren hohen Nachfrage konnten erst in diesem Jahr zwei zusätzliche Plätze für den inhalativen (rauchenden) Konsum eingerichtet werden. Die Verbesserung der Öffnungszeiten und der Ausstattung ist in den nächsten Haushalten finanziell abzusichern. Wir wollen, dass der Drogenkonsumraum am jetzigen Standort erhalten bleibt.
- Der Dortmund-Pass bietet vielen einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern viele Vergünstigungen beim Besuch städtischer Einrichtungen. Wir konnten erreichen, dass auf den Dortmund-Pass auch im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hingewiesen wird. Es wäre zu begrüßen, wenn die Vergabe von Dortmund-Pässen auch durch das Jobcenter erfolgen könnte.
- Im Rahmen der Diskussion um eine Ehrenamtskarte werden wir vorschlagen, eine solche Karte mit dem Dortmund-Pass zu einer Dortmund-Karte zu verbinden. Gleichzeitig wollen wir anregen, die Vergünstigungen des bisherigen Dortmund-Passes auch auf private Einrichtungen auszuweiten.
- Wir haben erreicht, dass Ende des letzten Jahres in der Nordstadt das Café Berta eröffnet werden konnte. Innerhalb eines zweijährigen

Modellversuchs besteht dort die Möglichkeit, selbst mitgebrachten Alkohol in einer geschützten Umgebung statt in der Öffentlichkeit zu konsumieren. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Einrichtung gut angenommen wird. Die Situation um den Nordmarkt hat sich dadurch entspannt. Sollten sich die guten Erfahrungen und der Erfolg der Einrichtung nach Ablauf des Modellversuchs bestätigen, werden wir GRÜNE uns für eine Fortführung des Alkoholkonsumraums als Dauerangebot einsetzen.

- Mit der ersatzlosen Schließung des Straßenstriches an der Ravensberger Straße hat sich die Situation in der Dortmunder Nordstadt nicht grundlegend verbessert. Die vor allem von Seiten von SPD und CDU vielfach beschworene neue Ruhe und Sicherheit ist trügerisch. Prostitution findet weiter im Verborgenen statt. In Hinterzimmern und Hinterhöfen kann allerdings niemand mehr für die Sicherheit der von Prostitution lebenden Frauen sorgen. Deshalb muss insbesondere für die Sicherheit der Frauen die Suche nach einem geeigneten neuen Standort für einen Straßenstrich auf Dortmunder Stadtgebiet beginnen.
- Unserer Meinung nach muss in der Nordstadt der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Stadt auf sozialpolitischen Maßnahmen liegen. Ordnungspolitische Regelungen müssen in den Hintergrund treten.
- Eine Beratungsstelle mit Sprachkompetenzen aus den jeweiligen Herkunftsländern für zugewanderte Prostituierte ist einzurichten.
- Hilfs- und Beratungsangebote für drogenabhängige Prostituierte müssen dringend geschaffen werden.
- Das Grillen auf öffentlichen Grünflächen ist auch eine soziale Frage. Ob Westpark, Tremoniapark oder Fredenbaumpark: Bei Sommerwetter wird dort viel und gerne gegrillt. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass dies auch in Zukunft so bleibt, da viele Menschen in Ermangelung eines Gartens oder Balkons sonst keine Möglichkeit zum Grillen hätten. Dies trifft insbesondere für viele BewohnerInnen der Nordstadt zu. Statt auf Verbote setzen wir GRÜNE auf ein verbessertes Abfallbewirtschaftungskonzept.

INTEGRATION

Das Thema der Integration ist für uns ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche tangiert. Entsprechend muss es auch in allen Bereichen der Verwaltung verankert sein. Wichtige Ansprechpartner im Bereich der Integration sind die Migrantenselbstorganisationen (MSO). Sie sind die direkte Vertretung der Interessen von Migrantinnen und Migranten. Als GRÜNE haben wir in den letzten Monaten verstärkt das Gespräch mit den Organisationen geführt. Dabei ging es vor allem um die Frage ihrer besseren Einbindung in städtische Strukturen und Abläufe.



- Die Rolle der Migrantenselbstorganisationen in der Stadtgesellschaft muss gestärkt werden. Sie benötigen insbesondere eine professionelle Unterstützung ihres bis jetzt fast ausschließlich ehrenamtlichen Engagements. Wir werden entsprechende Initiativen ergreifen, um die MSO in ihren Strukturen zu stärken.
- Wir unterstützen den Wunsch von Migrantenselbstorganisationen, als Träger der Jugendhilfe Kindertageseinrichtungen zu betreiben.
- Der ehemalige Ausländerbeirat ist inzwischen zu einem Integrationsrat geworden. Er bleibt ein wichtiger Ansprechpartner GRÜNER Politik in Dortmund. Wir wollen den Integrationsrat in seiner Funktion bekannter machen und dafür sorgen, dass sich mehr Menschen an seiner Wahl beteiligen.
- Wir treten ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden nichtdeutschen BürgerInnen.
- Menschen mit Migrationshintergrund sind sowohl in der Stadtverwaltung als auch in den städtischen Unternehmen unterrepräsentiert. Um dies zu ändern, möchten wir, dass bei Neueinstellungen mehr

Menschen mit Migrationshintergrund ausgewählt werden. Dies gilt insbesondere bei Auszubildenden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildungsplätze der Stadtverwaltung und der stadteigenen Unternehmen mit Hilfe eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens besetzt werden.

- Wir haben die neue Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Hacheneby sowie die neue kommunale Flüchtlingsunterkunft Grevendicks Feld positiv begleitet. Insbesondere die Situation der in Dortmund verbleibenden Flüchtlinge hat sich verbessert. Unsere Forderung nach einem möglichst kurzen Aufenthalt in der Sammelunterkunft wird umgesetzt. Inzwischen beträgt die durchschnittliche Verweildauer vor einem Umzug in eine eigene Wohnung nur noch sechs Monate.

Armutszuwanderung aus den EU-Osterweiterungen

In den letzten Jahren sind mehrere tausend Menschen aus Osteuropa insbesondere aus Rumänien und Bulgarien nach Dortmund eingewandert. Sie leben vor allem in der Nordstadt. Die Menschen kommen, weil sie in Ihren Herkunftsländern massiver Diskriminierung und Armut ausgesetzt waren. Sie nehmen erstmalig ihr Recht auf Freizügigkeit als EU-BürgerInnen wahr.

Diese Entwicklung stellt Dortmund und andere Städte vor große Probleme, die alleine nicht zu lösen sind.

Die meisten der EinwanderInnen sprechen kein oder nur wenig Deutsch, sie werden von Vermietern und Arbeitgebern ausgenutzt. Verstöße der MigrantInnen gegen Gesetze und Vorschriften passieren häufig aus Unwissenheit, mangelnden Sprachkenntnissen und Falschinformationen. Viele Kinder der EinwanderInnen wollen lernen, müssen aber zum Teil zunächst in sogenannten Auffangklassen alphabetisiert werden. Bei einer Klassenstärke von 27 Kindern ist dies nicht möglich.

- EU, Bund und Land müssen gemeinsam mit der Stadt Dortmund Lösungen entwickeln. Maßnahmen machen nur dann Sinn, wenn sie sowohl in den Herkunftsländern als auch hier aufeinander abgestimmt erfolgen.

- Diskriminierung und menschenverachtende Ausbeutung, zum Beispiel bei der Vermietung von Wohnungen (Matratzenvermietungen), sind ebenso wenig zu tolerieren wie die nicht geregelte Krankenversicherung.
- Um weiterer Verelendung und Kriminalisierung entgegen zu wirken, ist kurzfristig eine Zuwanderungsberatungsstelle mit Sprachkompetenzen aus den jeweiligen Herkunftsländern einzurichten.
- In den Auffangklassen der Grundschulen müssen in Absprache mit dem Schulministerium die Klassenstärken reduziert werden.
- Die mangelnde EU-Kohäsionspolitik wird zurzeit auf dem Rücken der NordstadtbewohnerInnen, LehrerInnen der Nordstadtschulen und engagierten SozialarbeiterInnen ausgetragen. Diese müssen unterstützt werden. Die Jugendhilfedienste in der Nordstadt benötigen neben unserer Solidarität dringend eine den Problemen angemessene Ausstattung. Das gilt auch für die Schulen, die sich der schwierigen Aufgabe der oft nicht deutsch sprechenden Kinder widmen.

RECHTSEXTREMISMUS

Wir haben mit dafür gesorgt, dass der städtische Kampf gegen Rechts-Extremismus und die Dortmunder Neo-Nazi-Szene inzwischen an 365 Tagen im Jahr und nicht mehr nur am Tag eines Nazi-Aufmarsches geführt wird. Und das ist nach wie vor dringend notwendig.

Die Überfälle auf die DGB-Demo am 1. Mai 2009 und viele andere Vorfälle zeigen die hohe Gewaltbereitschaft der Rechtsextremisten. Die Verbindungen der Autonomen Nationalisten zur bundesweiten rechtsradikalen Szene sind bekannt und bewiesen. Unbeantwortet ist nach wie vor, ob und wie die Dortmunder Faschisten in die Planung des Mordes an Mehmet Kubasik eingebunden waren.

Durch den von den GRÜNEN maßgeblich initiierten Aktionsplan gegen Rechts gibt es inzwischen eine funktionierende Infrastruktur gegen Rechtsextremismus.

Die städtische Koordinierungsstelle ist personell gut ausgestattet, der

Topf des Aktionsplans mit 200.000 Euro kommunalen Mitteln sowie 80.000 Euro aus Bundesmitteln gut gefüllt. Bereits in den letzten Jahren konnten damit Aktionen von Schulen, Kirchengemeinden, Arbeitskreisen und Bündnissen finanziert werden, um den Einsatz gegen Rechts zu verstetigen. Daneben gibt es inzwischen auch die Opferberatungsstelle BACK UP und die Beratungsstelle für AussteigerInnen EXIT.

Während des Nazi-Aufmarsches im letzten Jahr ist es erstmalig gelungen, mit einer friedlichen Sitzblockade eine Änderung der Aufmarschroute zu erzwingen. Wir begrüßen, dass der neue Polizeipräsident derartige Aktionen anders bewertet als sein Vorgänger und zu Recht darauf hinweist, dass friedliche Sitzblockaden als Mittel der Meinungsäußerung vom Bundesverfassungsgericht anerkannt worden sind. Ein konsequentes Einschreiten der Polizei gegen die tagtäglichen menschenverachtenden Provokationen, Aktionen und Übergriffe der Dortmunder Neonazis gegen Andersdenkende ist längst überfällig. Die inzwischen von Innenministerium und Polizei eingerichtete Task Force ist ein angemessenes Mittel, um den Nazis den Raum wieder zu nehmen, den sie sich durch das von ihnen geschaffene Klima der Angst insbesondere in Dorstfeld geschaffen haben.

- Angesichts der rechtsextremen Strukturen muss die Koordinierungsstelle gegen Rechts in der Verwaltung finanziell abgesichert werden, damit sie ihre Arbeit in den nächsten Jahren fortsetzen kann.
- Die für den Aktionsplan gegen Rechts zur Verfügung gestellten Mittel müssen erhalten bleiben.
- Die Einbindung weiterer gesellschaftlicher Gruppen in die finanziellen Möglichkeiten des Aktionsplans muss verbessert werden.
- Die Proteste und Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche werden wir weiterhin mit friedlichen Aktionen unterstützen. Dazu zählen für uns ausdrücklich auch friedliche Sitzblockaden.



BEI POLITIK UND VERWALTUNG SPAREN, SOZIALE EINRICHTUNGEN VOR ORT STÄRKEN, TRANSPARENZ SCHAFFEN

Angesichts schrumpfender Bevölkerungszahlen und des demografischen Wandels halten wir es für sinnvoll, die Rats- und Verwaltungsstrukturen an die zukünftigen Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen.

- Die Anzahl der Ratsmitglieder wollen wir auf das nach Gemeindeordnung zulässige Mindestmaß von 76 reduzieren. Dafür hat es im Rat bisher keine Mehrheit gegeben.
- Wir werden uns für die Übertragung der Ratssitzungen per Live-Stream einsetzen. Denn die Möglichkeit, auch über das Internet „live“ dabei sein zu können, führt zu deutlich mehr Transparenz in Blick auf kommunales Handeln und politische Diskussionsprozesse.
- Um insbesondere in den Stadtteilen die notwendigen Investitionen in den Bereichen Kinder, Jugend sowie Bildung zu finanzieren und einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts zu erbringen, haben wir uns für eine maßvolle Reduzierung von Stadtbezirken und Bezirksverwaltungsstellen eingesetzt. Auch in Zukunft werben wir für ein gemeinsames Konzept zur Anpassung der Strukturen an die Bedürfnisse der Bevölkerung.
- Verwaltungsdienste, die relativ selten beansprucht werden, wollen wir zentralisieren. Dies gilt zum Beispiel für die Verlängerung eines Personalausweises oder die Anmeldung eines Autos. Schon heute nutzen dazu sehr viele Menschen das Dienstleistungszentrum in der Innenstadt, das von allen Ortsteilen aus mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist.
- Für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir ein mobiles Verwaltungsangebot einführen.
- Wichtige dezentrale soziale Einrichtungen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören SeniorenInnenbüros, Erziehungsberatungsstellen, Familienbüros, Sozialbüros und Jugendhilfedienste. Auch die Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten.



KULTURPOLITIK

Für uns ist Kultur ein bedeutsamer Bestandteil des urbanen Lebens – eine Stadt ist ohne eine lebendige Kulturszene nicht denkbar. Dabei sind die städtischen Kulturbetriebe wie Museen, Schauspielhaus und Oper ebenso wichtig wie die freie Kulturszene. Hochkultur wie auch die subkulturellen Kulturströmungen sind für uns GRÜNE ein unverzichtbarer Teil des städtischen Lebens und des gesellschaftspolitischen Diskurses.

Wir halten es für eine Bereicherung, wenn junge Kunst in städtische Kultureinrichtungen wie das Museum am Ostwall einzieht oder wie beim Schauspielhaus Kooperationen bestehen. Zudem unterstützen wir die Suche und die Belebung von Leerständen und Freiräumen für kulturelle, soziale und kreativwirtschaftliche Zwecke.

Die Kostenexplosion des U-Turms ist das Ergebnis einer unzureichenden Konzeption. Zu kritisieren ist auch, dass die Verwaltung den zuständigen Gremien die zum Teil absehbaren Kosten nicht offen und nur scheinbar teilweise dargelegt hat. Für uns steht fest: Kultur darf nicht durch Kultur finanziert werden, die steigenden Kosten des U-Turms dürfen nicht durch Mittel aus dem Kulturhaushalt bezahlt werden. Wir werden die weitere Entwicklung des U-Turms kritisch und wachsam begleiten.

Wir wünschen uns die Öffnung des U-Turms in die angrenzenden Stadtteile und die verstärkte Vernetzung mit der Freien Szene wie auch Nutzungsangebote an die Kulturakteure aus den Quartieren. Dazu gehört auch die Verfolgung des Konzepts „Park der Ideen“.

Die Kulturhauptstadt RUHR.2010 war für uns der Auftakt und Auftrag, regionale Strukturen und die interkommunale Kooperation gegen das Kirchturmdenken der einzelnen Städte des Ruhrgebietes weiter auszubauen. Einrichtungen mit überkommunaler Bedeutung müssen dabei verstärkt in ein regionales Kulturkonzept Ruhr eingebunden werden.

Schwierige kommunale Haushaltsbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass Kultur „weggespart“ wird. Schon jetzt arbeiten viele KünstlerInnen und Kulturschaffende an den Grenzen der finanziellen und persönlichen Belastung.

- Wir werden uns weiterhin für die Förderung der Kultur und die finanzielle Unabhängigkeit der kulturellen Einrichtungen einsetzen.



- Wir setzen uns ein für die Rehabilitierung der Opfer der Hexenprozesse in Dortmund im 16. und 17. Jahrhundert. Das schließt auch die Frage eines Mahnmals mit ein. Ein entsprechender GRÜNER Antrag wurde von den anderen Fraktionen vor wenigen Monaten abgelehnt. Wir werden aber weitere Initiativen ergreifen.

SPORTPOLITIK

Trotz geringer Mittel bleibt es Ziel GRÜNER Sportpolitik, ausreichend Flächen für Sport, Spiel und Freizeit in allen Stadtbezirken zur Verfügung zu stellen. Hallen und Plätze müssen für vereins- wie nichtgebundene Aktivitäten genutzt werden können. Hier halten wir es für notwendig, einen Ansatz umzusetzen, der eine weitestgehende Zugänglichkeit bezirklicher Hallensportanlagen für alle – auch und insbesondere in den Ferien – gewährleistet.

Inklusive Sportangebote müssen dabei zur Selbstverständlichkeit werden.

Natur, Gesundheit und Klimaschutz

Nach ihrem Ausstieg aus der rot-GRÜNEN Koalition zu Beginn der Wahlperiode hat sich die SPD deutlich von der zuvor mitgetragenen ökologischen Politik verabschiedet. GRÜNE Initiativen zur Optimierung der Luftreinhaltung und nachhaltigen Stadtentwicklung wurden von CDU und SPD blockiert. Wir werden die brisanten Themen wie Klimaschutz, gesundes Wohnumfeld und Energiewende weiter besetzen und vorantreiben.

- Die in Berlin beschlossene Energiewende bedarf neuer Anstrengungen in den Kommunen, um den Anteil der Energie aus regenerativen Quellen zu erhöhen. Und auch das in NRW anstehende Klimaschutzgesetz muss von den Kommunen aktiv mitgestaltet werden. Wir werden uns für eine Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung, für einen Ausbau der Kraftwärmekopplung, den Ausbau von Fotovoltaik und die kommunale Erzeugung regenerativer Energien einsetzen.
- Viele Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über die Auswirkungen der Fracking-Methode zur Gewinnung von unkonventionellem Erdgas auf unser Grundwasser und damit auf unsere Gesundheit. Wir lehnen die Fracking-Technologie ab.
- Die Verantwortlichen im ENVIO-Skandal, der uns seit 2010 beschäftigt und dessen Aufdeckung wesentlich auf GRÜNE zurückzuführen ist, müssen sich seit Mai 2012 endlich vor Gericht verantworten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die gesundheitlich schwer beeinträchtigten ehemaligen Mitarbeiter zu ihrem Recht auf Genugtuung für die erlittene Körperverletzung und zu einer angemessenen Entschädigung durch die Verantwortlichen der Firma ENVIO kommen.
- Die Erfahrungen des Falles ENVIO müssen zu einer besseren Überwachung in Form von regelmäßigen und unangemeldeten Kontrollen führen, um die Einhaltung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) überprüfen zu können.

- Lärm ist ein Thema für viele EinwohnerInnen in Dortmund. Wir werden uns für passiven und aktiven Lärmschutz einsetzen. Dazu gehören Lärmschutzwände an den Autobahnen, die Umleitung von Verkehren auf der B1, Geschwindigkeitsreduzierungen, die Erweiterung des Radwegnetzes (lärmarme Mobilität), der verstärkte Einsatz von lärmindernden Fahrbahnbelägen (Flüsterasphalt) und die Vermeidung neuer Lärmquellen. Dazu zählt auch eine Beibehaltung der Nachtruhezeiten am Flughafen und langfristig sein Rückbau.
- Luftreinhaltung in Ballungsräumen ist Gesundheitspolitik. Wir werden darauf drängen, dass die EU-Luftqualitätsrichtlinien und der Luftreinhalteplan kommunal eingehalten werden.

Gefahren durch Stromtrassen

Die Energiewende macht einen Ausbau der Stromnetze erforderlich. Auch deshalb gibt es eine breite Diskussion über die Gefahr von elektromagnetischen Feldern in der Nähe von Hochspannungsleitungen. In Dortmund hat sich eine Interessengemeinschaft gegründet, die eine geplante Trassenführung bekämpft, aber auch auf die Risiken von bestehenden Leitungen in der unmittelbaren Nähe von Wohnbausiedlungen aufmerksam macht. Wir halten die Diskussion über die Risiken von elektromagnetischen Feldern für dringend erforderlich. Die in Deutschland gültigen Grenzwerte sind im Vergleich mit anderen Ländern unverhältnismäßig hoch. Viele Studien deuten darauf hin, dass durch elektromagnetische Felder Gesundheitsrisiken in Bezug auf Krebs, Alzheimer und degenerative Erkrankungen bestehen können.

- Im Umweltausschuss haben wir die Verwaltung beauftragt, das volle Ausmaß der Belastung von DortmunderInnen an Hochspannungstrassen zu ermitteln und die wechselnde Auslastung der Leitungen zu berücksichtigen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass eine von Baubiologen vertretene, niedrige magnetische Flussdichte als Maßstab zukünftiger Planungen und für Korrekturen bestehender Trassenverläufe zugrunde gelegt wird.
- In der Nähe von Wohnbebauungen befürworten wir die Verlegung von Erdkabeln als eine Alternative zu Hochspannungsleitungen.

Stadtentwicklung

Herausragende Projekte wie die Neuschaffung des Phoenix-Sees und die Renaturierung der Emscher sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung und der Erhöhung der Freizeitattraktivität wertvoll, sondern auch für das Stadtklima und die Natur von großer Bedeutung.

Gleichzeitig werden allerdings durch SPD und CDU wertvolle Freiflächen ohne Bedenken für die Wirtschaftsförderung und den Wohnungsbau bereitgestellt, obwohl es in Dortmund ausreichende ehemalige Industriebrachen gibt. Gewerbeansiedlung wie der Autohof in Derne gehören nicht in die Nähe von Wohnbebauung. Wir haben dieses Vorhaben deshalb abgelehnt.

Allen Bemühungen um saubere Luft und Lärmreduzierung zum Trotz werden zudem unsinnige Straßenbauprojekte weiter vorangetrieben.

- Wir GRÜNE werden uns weiterhin für den Schutz des Freiraums und gegen eine überflüssige Versiegelung von Flächen einsetzen. Sowohl für den Wohnungsbau als auch für die Wirtschaftsansiedlung hat Dortmund ausreichend Platz zur Verfügung, ohne zusätzliche Flächen versiegeln zu müssen.
- Wir haben weiterhin eine kritische Haltung zur Thier-Galerie. Bisher ist kein offensichtlicher Nachteil für die Haupteinkaufsachse zu erkennen, allerdings klagt der Einzelhandel im Brückstraßenviertel bereits über Einbußen. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die einer Verödung von Teilen der City oder der Nebenzentren entgegenwirken.
- Wir stehen für interkommunale Kooperation statt Konkurrenz. Das Kirchturmsdenken der Kommunen führt vielerorts zu doppelten Strukturen, die angesichts der finanziellen Lage der Ruhrgebietsstädte nicht mehr zu verantworten sind. Das Ruhrgebiet muss zusammenwachsen und sinnvolle Arbeitsteilung betreiben. Die Verkehrsinfrastruktur muss sowohl im Bereich des Schienenverkehrs als auch des Radverkehrs überregional verbessert werden. Stärken im Bereich alternative Energien sollen weiter ausgebaut werden. Wir unterstützen deshalb die Bewerbung des Ruhrgebietes zur „Europäischen Grünen Hauptstadt“.

Wohnungspolitik

Ausländische Investoren haben schon vor Jahren den Dortmunder Wohnimmobilienmarkt für sich entdeckt und in großem Umfang Wohnungen aufgekauft. Beispiele wie Westerfilde oder der Dorstfelder Hannibal zeigen, dass die Veräußerung von Wohnungen an Finanzinvestoren für Probleme sorgt, die in dieser Dimension bisher nicht bekannt waren – für die Mieterinnen und Mieter, aber auch für das ganze Quartier im Stadtteil. Die Investoren verfahren dabei überall nach demselben Muster: Preise rauf, Personal raus, Qualität runter. Und wenn die Zitrone ausgequetscht ist, schnell weiterverkaufen.

Der Stadt Dortmund bleiben gegen diese Entwicklung nur kleinste Dauerschrauben. Dadurch werden die städtischen Möglichkeiten, Einfluss auf die Entwicklung ganzer Stadtbezirke zu nehmen, zunehmend eingeschränkt.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten gemeinsam mit der DOGEWO Vorkaufsrechte nutzt, um mehr Wohnbestände in die kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Bei schweren Mängeln wie Schimmel oder ausgefallenen Heizungen muss die Stadt konsequent die Instandsetzung oder Modernisierung verlangen und bei Nichtbefolgung Strafzahlungen verhängen.
- Initiativen zur Aufklärung der betroffenen MieterInnen über ihre Rechte sind zu initiieren oder zu unterstützen.
- Gerade in Siedlungen mit hohem Instandhaltungsstau wohnen viele MieterInnen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Wir wollen, dass die Verwaltung kommunale Handlungsmöglichkeiten überprüft, um bei deutlichen Mängeln die Finanzierung durch öffentliche Mittel zu drosseln.
- Die Verwaltung muss die Ausweisung von Satzungsgebieten (Instandsetzung/Entwicklung/Modernisierung) prüfen, die gleichzeitig Schwerpunkte der sozialen Arbeit und Armutsbekämpfung sind. In diesen Gebieten könnten insbesondere Verschärfungen bei Instandsetzungsgeboten sowie ein erleichterter Zugriff auf Mietminderung und Sperrfrist durchgesetzt werden. Eine solche Satzung wäre auch Voraussetzung, um öffentliche Mittel, Zuschüsse und Kredite in An-

spruch nehmen zu können, um Immobilien zu übernehmen oder abzureißen.

Verkehr

Der Anteil des nicht motorisierten Verkehrs in Dortmund ist nach wie vor zu klein. Die für die Radverkehrsentwicklung zur Verfügung gestellten Mittel sind so minimal, dass auch nach Jahren noch wichtige Verbindungsstücke im Radverkehrsnetz fehlen. Gleichzeitig wird der öffentliche Personennahverkehr teurer und nicht wesentlich attraktiver. SPD und CDU stehen für Autovorrangpolitik und setzen sich weiterhin für unsinnige Projekte wie den Weiterbau der OW III a (L 663 n) sowie den Ausbau des Flughafens ein.

- Wir GRÜNE haben hartnäckig für ein VRR-weites Sozialticket gekämpft. Obwohl die Konditionen besser sind als beim momentanen Dortmunder Sozialticket, hat sich Dortmund nicht am entsprechenden Modellprojekt beteiligt. Wir werden uns auf VRR-Ebene für ein Regelticket ab 2013 einsetzen.
- Wir werden uns gemeinsam mit der Bürgerinitiative vor Ort gegen den Bau der OW III a (L 663 n) wehren, die von der Landesregierung leider nicht aus der Priorisierung von Straßenbaumaßnahmen genommen wurde.
- Fahrradverkehr erhält durch Pedelecs eine noch größere Bedeutung zur Fortbewegung im Alltag. Wir setzen uns daher für eine zügige Realisierung des Radschnellwegs Ruhr und den Ausbau seiner kommunalen Zulaufstrecken in Dortmund ein.
- Vorfahrt für den öffentlichen Nahverkehr – deshalb wollen wir die Barrierefreiheit und die Vernetzung der Verkehrsmittel weiter voranbringen.



ARBEIT, WIRTSCHAFT UND FINANZEN

GRÜNE Wirtschaftsförderungsstrategien

Grüne Wirtschaftsförderung ist bemüht, Gewerbe und Industrie flächensparend anzusiedeln. Dortmund hat ein großes Potenzial an ehemaligen Industrieflächen, die reaktiviert werden können.

- Die Ansiedlung umweltfreundlich produzierender Unternehmen sowie von Unternehmen, die im Bereich der Produktion/Forschung von Umwelttechnologien tätig sind, muss gefördert werden. Wir GRÜNE setzen uns für die Stärkung des Standorts Dortmund im Zusammenhang mit dem „Green New Deal“ ein, denn in der innovativen „GRÜNEN Industrie“ werden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen.
- Die von SPD und CDU favorisierte Ansiedlung von Gewerbe im Naturraum Groppenbruch scheidet möglicherweise an mangelnder Wirtschaftlichkeit bei der Vermarktung. Wir werden gemeinsam mit den AnwohnerInnen, den LandwirtInnen und den Naturschutzverbänden dafür kämpfen, dass das wertvolle Gebiet dauerhaft für den Naturschutz gesichert wird.

Kommunale Unternehmen

Der kommunale Unternehmensverbund darf sich nicht verselbstständigen, sondern muss in Verantwortung für die Stadt tätig sein. Dazu gehören wesentlich die Rekommunalisierung der Energieversorgung und ein Ende der Quersubventionierung des Flughafens, über die der Europäische Gerichtshof zu befinden hat.

Von einer geschlechtergerechten Verteilung der Positionen in den Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführungen ist Dortmund weit entfernt. Geschäftsführungen und Vorstände sind weitgehend frauenfreie Zonen und auch in den Aufsichtsräten liegt ihr Anteil bis auf Ausnahmen bei unter 30 Prozent.

- Wir setzen uns für eine Frauenquote in den Vorständen, Geschäftsführungen und Aufsichtsräten der städtischen Unternehmen ein und wirken auch darauf hin, dass in den Unternehmen, an denen Dortmund beteiligt ist, eine entsprechende Frauenquote eingeführt wird.

Rekommunalisierung der DEW

Die Diskussion um eine Rekommunalisierung der DEW21 läuft auf vollen Touren. Der neue Rat wird in den nächsten Monaten entscheiden müssen, ob die Verflechtung der DEW mit RWE erhalten bleibt oder ob die DEW ab 2015 komplett städtisch wird. Aus unserer Sicht geht eine Energiewende nur ohne den Atom- und Kohlestrommulti RWE.

Die Verwaltung will die weitere Entwicklung der Gesellschafterstruktur von einem Gutachter prüfen lassen – über die Fortsetzung des Status quo, eine Verminderung der Beteiligung von RWE auf 33 Prozent oder 25,1 Prozent bis hin zur vollständigen Rekommunalisierung. Ob der Oberbürgermeister und die Verwaltung allerdings wirklich eine hundertprozentige Rekommunalisierung wünschen, darf bezweifelt werden.

- Wir wollen die Beteiligung der RWE an der DEW21 schnellstmöglich und mit den vertraglichen Bedingungen vereinbar komplett beenden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass zunächst festgestellt wird, zu welchem Preis eine komplette Übernahme der RWE-Anteile zu haben ist. Laut Konsortialvertrag muss bei einer Nichtverlängerung für die Beteiligung der „Sachzeitwert zu Neuanschaffungspreisen“ an RWE gezahlt werden. Das ist erheblich mehr als der gegenwärtige Ertragswert und muss daher dem Rat als Entscheidungsgremium in transparenten Zahlen vorgelegt werden.
- Inwieweit der Oberbürgermeister als Mitglied des Aufsichtsrats der RWE AG an den Beratungen über die Rekommunalisierung überhaupt teilnehmen darf oder befangen ist, muss schnellstmöglich rechtssicher geklärt werden.

Flughafen

Der Flughafen bleibt ein Fass ohne Boden. Jahr für Jahr gleichen die DSW 21 Verluste von ca. 20 Millionen Euro aus. Geld, das zum Beispiel für eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs oder ein wirkliches Sozieticket nicht zur Verfügung steht. Und damit nicht genug: In Kürze wird das Urteil der EU-Kommission zur Subventionspraxis des Flughafens erwartet. Sollte der Flughafen hier erwartungsgemäß verlieren, muss er mindestens kostendeckende Preise von den

Fluggesellschaften nehmen, statt sie wie bisher pro Passagier mit 13 Euro zu subventionieren. Billig-Fluggesellschaften würden abwandern. Doch die hohen Kosten und Abschreibungen würden dem Flughafen bleiben. Wie ernst die Lage ist, machen die radikalen Sparvorschläge der DSW 21 und der Flughafen GmbH mehr als deutlich. Treffen werden diese Einsparungen vor allem die Beschäftigten der vermeintlichen „Jobmaschine“ Flughafen. Teilweise werden Tätigkeiten entfallen oder aber es droht eine Entwertung der Arbeit durch Outsourcing.

Trotz dieser Situation haben SPD und CDU beschlossen, die Betriebszeiten des Flughafens auszuweiten. Ein entsprechendes Verfahren ist eingeleitet.

- Wir lehnen jede Erweiterung der Betriebszeiten sowie eine Verlängerung der Start- und Landebahn ab.
- Einen vollständigen und gezielten Rückbau des Flughafens halten wir für wünschenswert. Eine entsprechend langfristige Perspektive ist zu prüfen.



Finanzpolitik

Seit 2010 ist es immer dasselbe Spiel: Die große Koalition aus SPD und CDU verabschiedet gemeinsam den Haushalt. Aus GRÜNER Sicht fährt der Zug dabei finanzpolitisch in die falsche Richtung.

SPD und CDU haben im Dezember einen Haushalt beschlossen, der bei einem Gesamtvolumen von 1,7 Milliarden Euro nur 23 Millionen Euro von der Haushaltssicherung entfernt ist. Das rächt sich jetzt. Schon Mitte des Jahres hat der Kämmerer mit einer Haushaltssperre vorübergehend die Reißleine gezogen.

Und das liegt nicht alleine an äußeren Einflüssen wie zum Beispiel dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. Es liegt auch an einer Haushaltspolitik, die sich grundsätzlichen und notwendigen Veränderungen

verschließt. Das gilt sowohl für die Reduzierung der städtischen Ausgaben als auch für die notwendige Erhöhung der Einnahmen. Wenn der Rat unserem Haushaltsantrag gefolgt wäre und u. a. einer moderaten Erhöhung der Grundsteuer zugestimmt hätte, hätte das zu Mehreinnahmen von 10 Millionen Euro geführt. Der Kämmerer müsste heute nicht mühsam mit einer Haushaltssperre 15 Millionen Euro in den einzelnen Ämtern einsparen.

Dazu kommt, dass es nach wie vor in der Stadtverwaltung kein funktionierendes Organisations- und Entwicklungskonzept gibt, das notwendige Aufgaben, Standards und Personalbedarfe sowie Personalressourcen in der Verwaltung definiert. Hier kommen die Verwaltung und der inhaltlich dafür zuständige Oberbürgermeister nicht von der Stelle. Der OB beschränkt sich stattdessen darauf, öffentlichkeitswirksam nach Hilfe von außen zu rufen. Die ist unzweifelhaft notwendig, um die Situation der Kommunalfinanzen insgesamt zu verbessern. Wenn man allerdings gleichzeitig nicht die notwendigen und möglichen Dinge im eigenen Haus regelt, wirkt der Ruf ungläubwürdig.

- Wir setzen uns für einen städtischen Haushalt ein, in dem
 - Ausgaben dort reduziert werden, wo es zu verantworten ist,
 - Einnahmen dort erhöht werden, wo es geht,
 - Nachbesserungen im sozialen und ökologischen Bereich da erfolgen, wo es nötig ist.

In unseren Haushaltsanträgen haben wir aufgezeigt, dass es für alle drei Punkte eine Vielzahl zu realisierender Maßnahmen gibt.

- Wir setzen uns für das Prinzip der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein. Es kann nicht sein, dass die Finanzverwaltung zum Beispiel im Bereich der Erzieherischen Hilfen andere Haushaltsansätze wählt, als die Fachverwaltung für dringend notwendig hält. Damit wird eine Haushaltssituation vorgegaukelt, die schon wenige Monate später mit großem Aufschrei nachgebessert werden muss.
- Die Verwaltung muss der Politik endlich ein transparentes und nachvollziehbares Organisations- und Entwicklungskonzept zur Entscheidung vorlegen. Dieses muss eng verzahnt sein mit den Bestrebungen, durch die Einführung eines „Wirkungsorientierten Haushalts“ die Kontrolle und Effizienz von Verwaltungshandeln zu verbessern.



UNSER TEAM FÜR DEN RAT DER STADT DORTMUND

Hinweis: Die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt von links nach rechts.



Ingrid Reuter
Redakteurin
55 Jahre



Ulrike Märkel
Dipl.-Designerin
43 Jahre



Wolfram Frebel
Kriminalbeamter
54 Jahre



Barbara Blotenberg
Familienmanagerin
51 Jahre



Ulrich Langhorst
Dipl.-Geograf
44 Jahre



Birgit Pohlmann
Dipl.-Ing. Stadtplanung
54 Jahre



**Saziye
Altundal-Köse**
Dipl.-Soziawissenschaft-
lerin, 43 Jahre



Jürgen Brunsing
Dr.-Ing., Verkehrsinge-
nieur
52 Jahre



**Martina
Stackelbeck**
Dipl.-Volkswirtin
53 Jahre



**Benjamin
Beckmann**
Aktuar
31 Jahre



**Uta Schütte-
Haermeyer**
Dipl.-Erziehungswissen-
schaftlerin, 46 Jahre



Friedrich A. Fuß
Regisseur
59 Jahre



Svenja Noltemeyer
Dipl.-Ing. Raumplanung
31 Jahre



Axel Kunstmann
Gymnasiallehrer
59 Jahre



Ursula Hawighorst
Dipl.-Sozialpädagogin
54 Jahre



Hans-Georg Schwinn
Dipl.-Informatiker
50 Jahre



Barbara Brunsing
Geografin
52 Jahre



Uwe Tietz
Stadtplaner,
Dipl.-Ing Raumplanung
51 Jahre



Gisela Sichelschmidt
Dipl.-Ing. Raumplanung
50 Jahre



Matthias Dudde
Historiker
45 Jahre



Claudia Plieth
Gesamtschullehrerin
48 Jahre



Fritz Goersmeyer
Hausmann
53 Jahre



Isabella Knappmann
Diplompädagogin
56 Jahre



Wilfried Rupflin
Wiss. Angestellter
62 Jahre



Birgit Unger
Geschäftsführerin
55 Jahre



Klaus Tillmann
Hausmann
54 Jahre



Jutta Fuchs
Lehrerin i.R.
67 Jahre



Ulrich Begemann
Selbstständig
57 Jahre



Rita-Maria Schwalgin
Dipl.-Ing. Architektur,
Designerin
60 Jahre



Manfred Jockheck
Dipl.-Designer (FH)
63 Jahre

SO KÖNNEN SIE UNS ERREICHEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund

Königswall 8
44137 Dortmund
Fon 0231 121171
Fax 0231 121164
info@gruene-dortmund.de
www.gruene-dortmund.de

Kreisgeschäftsführerin:

Martina Müller

Stefan Neuhaus

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8
44137 Dortmund

info@gjdo.de
www.gjdo.de/

Sprecherin: Kristina
kristina@gjdo.de

Sprecher: Patrick
patrick@gjdo.de



Grüne Jugend
Dortmund

DORTMUNDER GRÜNE ABGEORDNETE

FÜR SIE IM BUNDESTAG, BERLIN

Markus Kurth, MdB
46 Jahre



Wahlkreisbüro:
Königswall 8
44137 Dortmund

Fon 0231 5574660
Fax 0231 5574661
markus.kurth@wk.bundestag.de
www.markus-kurth.de
Mitarbeiter: Ulrich Langhorst

FÜR SIE IM LANDTAG NRW, DÜSSELDORF

Daniela Schnecken-
burger, MdL
51 Jahre



Wahlkreisbüro:
Königswall 8
44137 Dortmund

Fon 0231 53062549
daniela.schneckenburger@landtag.nrw.de
www.daniela-schneckenburger.de
Mitarbeiter: Mathias Wittmann

Mario Krüger, MdL
54 Jahre



Wahlkreisbüro:
Königswall 8
44137 Dortmund

Fon 0231 53062549
mario.krueger@landtag.nrw.de
www.mario-krueger.com
Mitarbeiter: Mathias Wittmann

SO KÖNNEN SIE UNS ERREICHEN

SO KÖNNEN SIE UNS ERREICHEN

Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor Ort

Aplerbeck	Walther Heuner, Fon 0231 443948 aplerbeck@gruene-dortmund.de
Brackel	Beate Preckwinkel, Fon 0231 259551 brackel@gruene-dortmund.de
Eving	Ellen Heilmann, Fon 0231 851647 eving@gruene-dortmund.de
Hörde	Bettina Markert, Fon 0231 468234 hoerde@gruene-dortmund.de
Hombruch	Oliver Körting, Fon 0231 7757631 hombruch@gruene-dortmund.de
Huckarde	Ursula Hawighorst, Fon 0231 393820 huckarde@gruene-dortmund.de
Innenstadt-Nord	Katja Bender, Fon 176 196161465 innenstadt-nord@gruene-dortmund.de
Innenstadt-Ost	Ingrid Reuter, Fon 0231 524831 innenstadt-ost@gruene-dortmund.de
Innenstadt-West	Kathrin Schröter, Fon 0231 175632 innenstadt-west@gruene-dortmund.de
Lütgendortmund	Marina Kreutzer, Fon 0231 6902766 luetgendortmund@gruene-dortmund.de
Mengede	Jürgen Utecht, Fon 0231 9369099 mengede@gruene-dortmund.de
Scharnhorst	Wolfram Frebel, Fon 0179 4395683 scharnhorst@gruene-dortmund.de



BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet. Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im Voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



GRÜN MACHT DEN UNTERSCHIED.

Herausgeber:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund
Königswall 8
44137 Dortmund
Fon 0231 121171
Fax 0231 121164
info@gruene-dortmund.de
www.gruene-dortmund.de

Grafik: Rita-Maria Schwalgin

Fotos: Benito Barajas, Sascha Schürmann, Rita-Maria Schwalgin
sowie privat (einige Porträts)

Druck: R+K Rixe GmbH, Dortmund

Juli 2012



Kinder, Jugend und Bildung

Soziales, Demokratie

Kultur und Sport

Umwelt, Planung und Verkehr

Arbeit, Wirtschaft, Finanzen

Unser Team für den Rat



Update zur Wiederholungswahl 2012

www.gruene-dortmund.de